

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

1. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

2. Das Direktorium-Stadtarchiv wird beauftragt, entsprechend der Ausführungen im Vortrag die Befristung der bis 15.01.2019 bzw. 31.12.2019 befristeten Stellen der Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen bis 30.06.2021 zu verlängern und die Aufgaben – bis zur geplanten Evaluierung 2020 - entsprechend fortzusetzen.

3. Finanzierung:

Das Direktorium wird beauftragt, die befristeten, in den Jahren 2019 – 2021 erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 315.400,- € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen 2019 bis 2021 wie folgt anzumelden: für das Jahr 2019 76.400,- €, für das Jahr 2020 159.300,- € und für das Jahr 2021 79.700,- €.

Das Direktorium wird beauftragt, die Verlängerung der Befristung der beiden Stellen der Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen im Stadtarchiv bis 30.06.2021 beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Direktorium die bisherigen befristeten 2,0 VZÄ beim Stadtarchiv im Stellenplan bis 30.06.2021 zu verlängern, die zusätzlichen Personalauszahlungen in Höhe von rd. 312.200,- € in den Personalhaushalt einzustellen sowie den Aufwand für die erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von bis zu 40% der Jahresmittelbeträge im Ergebnishaushalt zu berücksichtigen.

Das Produktkostenbudget des Produktes P 31281100 Zentrale Sicherung der städtischen Verwaltungsüberlieferung und stadthistorische Forschungsarbeit erhöht sich bei der Kostenstelle 11224611 im Jahr 2019 um 76.400,- €, davon sind 76.400,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget), im Jahr 2020 um

159.300,- €, davon sind 159.300,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget) und im Jahr 2021 um 79.700,- €, davon sind 79.700,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

4. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle bis 30.06.2021.

Telefon: 233 - 
Telefax: 233 - 

Direktorium
HA I - Arc

**Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die
Todesopfer des NS-Regimes in München
Verlängerung der befristeten Stellen des Stadtarchivs**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11595

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 24.10.2018
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag und Antrag des Referenten

Wie in der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 17.10.2018.
Der Ausschuss hat die Annahme des Antrages empfohlen.

II. Beschluss
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Der Referent

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

IV. Wv. -Direktorium HA I-Arc

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Büro OB
An das Büro des 2. Bürgermeisters
An das Büro der 3. Bürgermeisterin
An das Direktorium-L
An das Direktorium, FgR
An das Direktorium-HA I-L
An das Direktorium, D-GL-1
An das Direktorium, D-GL-2
An das Kulturreferat
An das Personal- und Organisationsreferat
An das Personal- und Organisationsreferat, P3
An die Stadtkämmerei
An das Kommunalreferat
z. K.

Am

Telefon: 089/233 - [REDACTED]
Telefax: 089/233 - [REDACTED]

Direktorium
HA I - Arc

**Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die
Todesopfer des NS-Regimes in München
Verlängerung der befristeten Stellen des Stadtarchivs**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11595

4 Anlagen

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 17.10.2018 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	1
1. Problemstellung/Anlass.....	1
2. Stellenbedarf.....	2
2.1 Quantitative Aufgabenausweitung.....	2
2.1.1 Aktuelle Kapazitäten.....	2
2.1.2 Befristungsverlängerung.....	2
2.1.3 Bemessungsgrundlage.....	3
2.2 Alternativen zur Kapazitätsausweitung.....	5
2.3 Zusätzlicher Büroraumbedarf.....	5
3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung.....	5
3.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit.....	5
3.2 Nutzen.....	6
3.3 Finanzierung.....	7
4. Weiteres Vorgehen.....	7
II. Antrag des Referenten.....	9
III. Beschluss.....	9

I. Vortrag des Referenten

1. Problemstellung/Anlass

Auf Basis der Beschlüsse des Stadtrats vom 16.06.2004 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 04529), vom 18.09. / 01.10.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01132), vom 29.07.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03773) und vom 26.10. / 23.11.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10015) hat der Stadtrat neue Formen des individuellen Erinnerns an die Opfer des NS-Regimes in München sowie die Errichtung eines zentralen Namensdenkmal für alle Todesopfer des NS-Terrorregimes in München festgelegt. Hierfür wurden u.a. zwei Fachhistoriker-Stellen im Stadtarchiv - je in der Eingruppierung E13 - eingerichtet, eine auf zwei Jahre befristete Stelle für Recherchen für das zentrale Namensdenkmal und eine auf drei Jahre befristete Stelle für die Einführung der Formen individuellen Erinnerns. Mit Beschluss vom 26.10. / 23.11.2017 hat der Stadtrat die Bereitstellung des erforderlichen Mittelbedarfes (Investitionen in Höhe von 150.000,- € sowie Sachmittel in Höhe von 36.000,- €) für den Zeitraum 2018 bis einschließlich 2020 sowie einer Evaluierung des Finanzierungsmodells zur Errichtung der neuen Formen individuellen und dezentralen Gedenkens nach fünf Jahren (s. Ziff. 11 des Beschlusses vom 29.07.2015 einschl. Änderungsantrag) zugestimmt.

Die beiden Stellen wurden zum 01.01.2017 (auf drei Jahre befristete Stelle) bzw. zum 16.01.2017 (auf zwei Jahre befristete Stelle) besetzt und bilden die sog. „Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen“ im Stadtarchiv. Gemäß Ziff. 3 des Beschlusses des Stadtrats vom 26.10. / 23.11.2017 wird nun die Verlängerung der beiden Stellen beantragt, um sie in die Evaluierung miteinbeziehen zu können (s. nähere Ausführungen hierzu unter Ziff. 2.5 des Beschlusses vom 26.10. / 23.11.2017).

Es handelt sich hierbei um eine durch Stadtratsbeschlüsse definierte - vorbehaltlich der geplanten Evaluierung des Projektes im Jahr 2020 - zeitlich begrenzte Aufgabe.

Auslöser für den Bedarf ist das organisatorische „Nachziehen“ der personellen Ressourcen für eine durch Stadtratsbeschluss beschlossene Aufgabe. Es handelt sich um eine quantitative (zeitlich notwendige) Aufgabenausweitung.

2. Stellenbedarf

Es wird ein Mehrbedarf in Form einer Verlängerung der befristeten Stellen (2 VZÄ) bis zum 30.06.2021 geltend gemacht. Auslöser für den Bedarf ist das organisatorische „Nachziehen“ der personellen Ressourcen für eine durch Stadtratsbeschluss beschlossene Aufgabe.

2.1 Quantitative Aufgabenausweitung

2.1.1 Aktuelle Kapazitäten

Laut Stellenplan sind für die unter Ziff. 2.1.2 beschriebenen Aufgaben als Kapazitäten zwei VZÄ eingesetzt.

2.1.2 Befristungsverlängerung

Benennung des Bemessungsergebnisses in VZÄ (2,0 VZÄ befristet bis 30.06.2021).

2.1.3 Bemessungsgrundlage

Die Bemessung erfolgt auf Basis der planerisch-konzeptionellen Aufgabenstellung der beiden Stellen (Fachhistoriker-Stellen mit je 1 VZÄ, Eingruppierung je E13, eine Stelle bis 15.01.2019, eine Stelle bis 31.12.2019).

Bei dem vorliegenden Themenbereich handelt es sich um individuelle Vorgänge, die – je nach Sachlage und Quellenbasis – unterschiedlich aufwändige wissenschaftliche Recherchen erfordern. Daher scheidet für den vorliegenden Fall die Anwendung herkömmlicher analytischer Bemessungsmethoden aus.

Folgende Aufgaben werden durch die mit zwei Stellen besetzte Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen im Stadtarchiv wahrgenommen (s. auch Ziff. 2.4.2 des Beschlusses vom 26.10. / 23.11.2017):

- Umfassende biographische Recherchen nach wissenschaftlichen Standards für das geplante Namensdenkmal
- Realisierung der neuen Erinnerungszeichen (Gedenktafeln und -stelen) in München
- Organisation von Pflege und Unterhalt der neuen Erinnerungszeichen
- organisatorische Feinabstimmung des Verfahrens zur Realisierung der neuen Erinnerungszeichen
- Einzelfallprüfung der Anträge der Initiatoren für Erinnerungszeichen als Form der Erinnerung an NS-Todesopfer auf ihre inhaltliche und formale Richtigkeit
- Beratung der Initiatoren bei ihren Recherchen
- Koordinierung des gesamten Prozesses der Realisierung bis hin zu Unterhalt und Pflege eines Erinnerungszeichens und Unterstützung der Initiatoren insbesondere bei folgenden Aufgaben:
 - Kontaktaufnahme und Einholung der Zustimmung von Hausbesitzern

- Einholung der Sondernutzungserlaubnis beim Kreisverwaltungsreferat
 - Beauftragung eines Erinnerungszeichens
 - Anbringung oder Errichtung des Erinnerungszeichens
 - Unterhalt und Pflege von Erinnerungszeichen im Eigentum der Landeshauptstadt
- Sicherstellung der Anliegen der Angehörigen von Opfern
 - Unterstützung der Initiatoren bei einer sorgfältigen Suche nach möglichen Angehörigen und Sicherung des Vetorechtes für nächste bzw. nähere Angehörige
 - Führung des Vorsitzes des Beirates, der in strittigen Fragen entscheidet
 - Konzeption und Realisierung von Vermittlungs- und Programmangeboten in Abstimmung mit dem Kulturreferat zur nachhaltigen Implementierung der neuen Erinnerungszeichen
 - Erarbeitung einer integrierten Lösung für die mediale Präsentation des Gesamtprojekts „Formen des dezentralen und individuellen Gedenkens an die Todesopfer des NS-Regimes in München“ in Abstimmung mit dem Kulturreferat
 - Festlegung der Rahmenrichtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit dem Kulturreferat
 - Ansprechpartnerin für die bereitzustellenden Haushaltsmittel; Überwachung der sachgerechten Mittelverwendung
 - Wissenschaftliche Recherche zu Münchner Todesopfern als Vorbereitung eines zentralen Namensdenkmals (vgl. Beschluss von 2017)

Mit Stadtratsbeschluss vom 26.10. / 23.11.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10015) wurde folgendes festgelegt (s. dort Ziff. 3 des Beschlussantrages):

„Mit dem vorgestellten Verfahrensgang bei der Implementierung der beiden neuen Gedenkformen in München besteht Einverständnis. Das Direktorium/Stadtarchiv der Landeshauptstadt München wird beauftragt, gemäß dem vorgestellten Verfahrensgang, in Absprache mit den beteiligten Referaten, alle zur Realisierung der beiden Gedenkformen in München erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Aufgrund der Befristung der beiden Fachstellen im Stadtarchiv wird zu gegebener Zeit eine Vorlage vom Direktorium/Stadtarchiv zur Verlängerung eingebracht werden.“

Im hierzu erläuternden Beschlussvortrag (s. o.a. Beschluss, Ziff. 2.5, vorletzter Absatz) wurde „vorgeschlagen nach drei Jahren eine Evaluation des Finanzierungsmodells durchzuführen.“ Ferner wurde „vorgeschlagen, die beiden Stellen der Koordinierungsstelle bis Ende 2020 zu verlängern und sie in diese Evaluation einzubeziehen“ sowie den Stadtrat mit dem Ergebnis zu befassen.

Das Stadtarchiv folgt somit den Ausführungen zur inhaltlichen Konzeption der mit o.g. Stadtratsbeschluss festgelegten Evaluierung im Jahr 2020 und beantragt die Verlän-

gerung der beiden befristeten Stellen. Die Verlängerung der bestehenden Befristung wird bis zum 30.06.2021 beantragt, da auch nach Abschluss der Koordinierungsstelle (31.12.2020) noch Nacharbeiten (u.a. Evaluation, Sicherstellen verwaltungsorganisatorischer Anschlussarbeiten) erforderlich sein werden.

Mit der beantragten Kapazitätsausweitung sollen v.a. folgende Ziele und Effekte erreicht werden:

- Kapazitätsmäßige Sicherstellung der für den Stadtrat geplanten Evaluierung des Konzeptes „Erinnerungstafeln und -stelen“ im Jahr 2020 durch Einrichten der personellen Grundlage
- Einbeziehung der Funktionen bzw. Stellen der Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen, um wesentliche Kernaufgaben des Projektes und dessen Erkenntnisse für die weitere wissenschaftliche Arbeit inhaltlich zu bewerten und weiterzuentwickeln
- Einbeziehung der zu Beginn des Jahres 2017 begonnenen Maßnahmen zur Etablierung einer zukunftsfähigen und in der Stadtgesellschaft breit verankerten dezentralen und individuellen Erinnerungskultur an die Todesopfer des NS-Regimes nach Ablauf einer dreijährigen Aktivierungsphase in die geplante fachliche Evaluierung
- Gewährleistung einer adäquaten, fachlich qualifizierten Evaluation der Aktivierungsphase

2.2 Alternativen zur Kapazitätsausweitung

Mögliche Alternativen zur Kapazitätsausweitung bestehen nicht.

Wenn die Zuschaltung des Mehrbedarfes nicht erfolgt, kann die Evaluierung nicht bzw. nur unvollständig erfolgen.

2.3 Zusätzlicher Büroraumbedarf

Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen besteht nicht.

3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

Für die o.g. Verlängerung der befristeten Stellen bis 30.06.2021 werden im Zeitraum 2019 – 2021 Gesamtkosten i.H.v. 315.400,- € benötigt:

2019:	75.600,- € (Personalauszahlungen),	800,- € Arbeitsplatzkosten
2020:	157.700,- € (Personalauszahlungen),	1.600,- € Arbeitsplatzkosten
2021:	78.850,- € (Personalauszahlungen),	800,- € Arbeitsplatzkosten

Die detaillierte Kostendarstellung ist der Ziffer 3.1 zu entnehmen.

3.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten 2019ff	-/-	76.400,- € in 2019	159.300,- € in 2020 rd. 79.700,- € in 2021
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)* Stadtarchiv (2 VZÄ, je E13)	-/-	75.600,- € in 2019	157.700,- € in 2020 78.850,- € in 2021
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11) gesamt Arbeitsplatzkosten	-/-	800,- € in 2019	1.600,- € in 2020 800,- € in 2021
Transferauszahlungen (Zeile 12)	-/-	-/-	-/-
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	-/-	-/-	-/-
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)	-/-	-/-	-/-
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	2,0		

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

3.2 Nutzen

Unter Berücksichtigung der bisherigen Stadtratsbeschlüsse¹, die eine Evaluierung des Finanzierungsmodells bzw. Konzeptes im Jahr 2020 vorsehen, ist eine des Evaluierungszeitpunkts adäquate Verlängerung der beiden befristeten Stellen der Koordinierungsstelle bis 30.06.2021 zwingend erforderlich, um den Stadtratsauftrag der Evaluierung erfüllen zu können.

¹ Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03773 und Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10015

Die Maßnahme ist zwingend erforderlich, um den Stadtratsauftrag aus dem Beschluss „Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die Todesopfer des NS-Regimes in München; Gestaltungswettbewerb `Erinnerungstafeln an Hauswänden auf Blickhöhe und Stelen mit Erinnerungstafeln auf öffentlichem Grund vor dem Gebäude`; Anmeldung zum Mehrjahresinvestitionsprogramm 2017 - 2021“ vom 26.10. / 23.11.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10015) erfüllen zu können.

3.3 Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

4. Weiteres Vorgehen

Nach Beschluss des Stadtrats sollen die Aufgaben der Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen entsprechend dem Konzept fortgeführt werden. 2020 wird der Stadtrat – wie letztmalig mit Beschluss „Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die Todesopfer des NS-Regimes in München; Gestaltungswettbewerb `Erinnerungstafeln an Hauswänden auf Blickhöhe und Stelen mit Erinnerungstafeln auf öffentlichem Grund vor dem Gebäude`; Anmeldung zum Mehrjahresinvestitionsprogramm 2017 - 2021“ vom 26.10. / 23.11.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10015) vorgesehen – mit der Evaluierung befasst.

Beteiligungen

Die Beschlussvorlage ist mit dem Kulturreferat, dem Personal- und Organisationsreferat, der Stadtkämmerei sowie dem Kommunalreferat abgestimmt. Das Kulturreferat, das Personal- und Organisationsreferat, die Stadtkämmerei sowie das Kommunalreferat stimmen der Beschlussvorlage zu (s. Anlagen 1 - 4).

Dem Verwaltungsbeirat des Direktoriums, Hauptabteilung I, Stadtarchiv, Herrn ea. Stadtrat Herrn Dr. Roth, dem Kulturreferat, dem Personal- und Organisationsreferat, der Stadtkämmerei und dem Kommunalreferat ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle, da sich die Kapazitätsausweitung (Befristungsverlängerung) auf eine planerisch-konzeptionelle Aufgabe stützt.

II. Antrag des Referenten

1. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.
2. Das Direktorium-Stadtarchiv wird beauftragt, entsprechend der Ausführungen im Vortrag die Befristung der bis 15.01.2019 bzw. 31.12.2019 befristeten Stellen der Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen bis 30.06.2021 zu verlängern und die Aufgaben – bis zur geplanten Evaluierung 2020 - entsprechend fortzusetzen.

3. Finanzierung:

Das Direktorium wird beauftragt, die befristeten, in den Jahren 2019 – 2021 erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 315.400,- € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen 2019 bis 2021 wie folgt anzumelden: für das Jahr 2019 76.400,- €, für das Jahr 2020 159.300,- € und für das Jahr 2021 79.700,- €

Das Direktorium wird beauftragt, die Verlängerung der Befristung der beiden Stellen der Koordinierungsstelle | Erinnerungszeichen im Stadtarchiv bis 30.06.2021 beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Direktorium die bisherigen befristeten 2,0 VZÄ beim Stadtarchiv im Stellenplan bis 30.06.2021 zu verlängern, die zusätzlichen Personalauszahlungen in Höhe von rd. 312.200,- € in den Personalhaushalt einzustellen sowie den Aufwand für die erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von bis zu 40% der Jahresmittelbeträge im Ergebnishaushalt zu berücksichtigen.

Das Produktkostenbudget des Produktes P 31281100 Zentrale Sicherung der städtischen Verwaltungsüberlieferung und stadtgeschichtliche Forschungsarbeit erhöht sich bei der Kostenstelle 11224611 im Jahr 2019 um 76.400,- €, davon sind 76.400,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget), im Jahr 2020 um 159.300,- €, davon sind 159.300,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget) und im Jahr 2021 um 79.700,- €, davon sind 79.700,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

4. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle bis 30.06.2021.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig beschlossen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III. über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei HA II/31
an die Stadtkämmerei HA II/12
z. K.

V. Wv. D-I-Arc

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Büro OB
An das Büro des 2. Bürgermeisters
An das Büro der 3. Bürgermeisterin

An das Direktorium-L
An das Direktorium, FgR
An das Direktorium-HA I-L
An das Direktorium, D-GL-1
An das Direktorium, D-GL-2
An das Kulturreferat
An das Personal- und Organisationsreferat
An das Personal- und Organisationsreferat, P3
An die Stadtkämmerei
An das Kommunalreferat
z. K.

Am.....

Beleg 1

Datum: 31.08.18
Telefon: 0 233-
Telefax: 0 233-

Sofort	Eilt	über Reg.
Vz	Büro-	D- 11
Direktorium - Leitung		
04. SEP. 2018		
z.K.	zwV	Rspr.
D-I-AZ (AZ:		

Personal- und Organisationsreferat
Organisation
POR-P3.21

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die Todesopfer des NS-Regimes in München“
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V11595)

Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung am 17.10.2018
Volerversammlung am 24.10.2018

Abt. 1	Dir		Abt. 2
LS	GL	OR	ZB
Magazin	Stadtarchiv München		IT
Bibl	05. Sep. 2018		FS
Rest	AZ:		Foto/ Film

An das Direktorium

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit Schreiben vom 21.08.2018 zur Stellungnahme zugeleitet.

Mit der Sitzungsvorlage wird die Verlängerung der Befristung von 2,0 VZÄ bis 30.06.2021 beantragt.

Beurteilung des geltend gemachten Bedarfs

Der in der Sitzungsvorlage dargestellte Bedarf wurde vom Referat nachvollziehbar dargestellt. Das Personal- und Organisationsreferat stimmt der Sitzungsvorlage zu.

Da es sich um planerisch/konzeptionelle Aufgaben handelt, unterliegt der Beschluss insoweit der Beschlussvollzugskontrolle.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Kulturreferat erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

Datum: 04.09.2018

Telefon: 0 233- [REDACTED]

Telefax: 0 233- [REDACTED]

Stadtkämmerei
Jahreshaushaltswirtschaft
Haushalt
SKA-HAII-12

**Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die
Todesopfer des NS-Regimes in München
Verlängerung der befristeten Stellen des Stadtarchivs**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11595

Beschlussvorlage für den Verwaltungs- und Personalausschuss am 17.10.2018 (VB)
Öffentliche Sitzung

An das Direktorium, GL1-PO

Die Stadtkämmerei erhebt keine Einwände gegen die oben genannte Beschlussvorlage. Die in der Beschlussvorlage beantragte Mittelausweitung unterliegt nicht den Vorgaben der Eckdatenbeschlusses, da es sich um eine Weiterbefristung von befristeten Stellen handelt.

Datum: 30.08.2018

Telefon: 089 233- [REDACTED]

Telefax: 089 233- [REDACTED]

Abt. 1	Dir			Abt. 2
LS	GL	Öff	Chronik	ZB
Magazin	Stadtarchiv München			IT
Bibl	05. Sep. 2018			FS
Rest	AZ:			Foto/ Film

Anlage 3

Kommunalreferat
Immobilienmanagement
Verwaltungs- und
Betriebsgebäude
Strategisches
Büroraummanagement

**Formen dezentralen und individuellem Gedenkens an die
Todesopfer des NS-Regimes in München
Verlängerung der befristeten Stellen des Stadtarchivs**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11595

An das Direktorium, DIR-HA-I-Arc

Mit E-Mail vom 28.08.2018 haben Sie uns den o.g. Beschlussentwurf zur Stellungnahme zugeleitet.

In der Beschlussvorlage wird unter Ziffer 2 (Seite 2) zusätzlicher Personalbedarf für das Stadtarchiv in Form einer Verlängerung von 2 VZÄ-Stellen mit aktuellen Befristungen bis 15.01.2019 und 31.12.2019 beantragt. Die Stellen sollen bis 30.06.2021 eingerichtet bzw. verlängert werden. Durch die beantragten Verlängerungen wird gemäß Ziffer 2.3 (Seite 5) kein zusätzlicher Flächenbedarf ausgelöst. Das Kommunalreferat stimmt den Ausführungen der Beschlussvorlage zu.

[REDACTED]
Kommunalreferentin

Datum: 30.07.2018

Telefon: 0 233- [REDACTED]

Telefax: 0 233- [REDACTED]

Beilage
Kulturreferat
Geschäftsleitung
Beschlusswesen
KULT-GL3

Beschlussvorlage für den Verwaltungs- und Personalausschuss am 17.10.2018

Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die Todesopfer des NS-Regimes in München
Verlängerung der befristeten Stellen des Stadtarchivs

Anlage:

Änderungswünsche

An das Direktorium – HA I Stadtarchiv

Zu der Beschlussvorlage nimmt das Kulturreferat wie folgt Stellung:

- Gegen die Beschlussvorlage werden nach Berücksichtigung der Änderungswünsche (vgl. Anlage) keine Einwendungen erhoben.

I. V.

Stadtdirektor